

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
3-1053/88/46

Dresden, 10. Dezember 2019

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel (AfD)

Drs.-Nr.: 7/507

Thema: Gefährdung von Bauunternehmen und Baumaßnahmen in Sachsen durch linksextreme Aktivitäten

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung hinsichtlich der abstrakten bis konkreten Gefährdung welcher Bauunternehmen, bzw. Baumaßnahmen in Sachsen durch politischen Extremismus vor und inwiefern wurden den entsprechenden Bauunternehmen diese Erkenntnisse mitgeteilt?

Frage 2:

Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um Baumaßnahmen in Sachsen vor politisch motivierter Kriminalität zu schützen? Bitte erläutern Sie, welche jeweiligen Schutzmaßnahmen vor dem Hintergrund welcher Gefährdungssituationen seitens der Staatsregierung getroffen wurden.

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1 und 2:

Angriffe auf Bauunternehmen bzw. Baumaßnahmen erfolgten in den vergangenen Jahren bundesweit vorwiegend aus dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -links- heraus. Dabei sind insbesondere vor dem Hintergrund der Gentrifizierungsdebatte Beteiligte an entsprechenden Bauvorhaben von Architekturbüros über Bauträger, Subunternehmen, Zulieferern und Wohnungsbau- bzw. Verwaltungsgesellschaften bis hin zu den mit der Bewachung von Baustellen befassten Sicherheitsdienstleistern grundsätzlich einer abstrakten Gefahr ausgesetzt.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnli-
nien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-
Str. 2 oder 4 melden.

Gleiches gilt auch für staatliche Bauvorhaben u. a. beim Neubau von Justiz- oder Polizeigebäuden sowie des Ausreisegewahrsams bzw. der Abschiebehafteinrichtung.

Auch Unternehmen, die durch finanzielle Zuwendungen an einzelne politische Parteien oder kritisch gesehene Bauvorhaben medial in Erscheinung treten, können Angriffsziel entsprechender Straftaten werden.

Soweit konkrete Gefährdungshinweise für einzelne Unternehmen bzw. Betroffene vorliegen, werden durch die zuständige Polizeidienststelle Gefährdungsgespräche mit den Verantwortlichen der Unternehmen geführt und bei Erfordernis durch das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen weiterführende Maßnahmen umgesetzt. Diese reichen von einer Kontaktaufnahme des örtlich zuständigen Polizeireviers über eine verstärkte Streifenaktivität bis hin zu intensiver Aufklärungsarbeit und Beratung durch das LKA Sachsen.

Nach erfolgten Straftaten werden zudem regelmäßig bereits im Rahmen der Anzeigenerstattung, den Maßnahmen des ersten Angriffs und den nachfolgenden Ermittlungen die Vertreter der betroffenen Bauunternehmen in die Ermittlungshandlungen einbezogen sowie ein fortwährender Kontakt und eine enge Zusammenarbeit aufgebaut. Zudem werden in kurzen Abständen zu den jeweiligen schädigenden Ereignissen Sicherheitsgespräche geführt. Ermittlungsergebnisse, die insbesondere der künftigen Sicherheit des Unternehmens dienen, werden mit den betroffenen Unternehmen erörtert, tatbezogene Feststellungen mit Relevanz für die geschädigten Unternehmen und der Gewährleistung ihrer Sicherheit ausgetauscht und in die Sicherheitsgespräche einbezogen.

Darüber hinaus werden den Bauunternehmen regelmäßig durch die Zentralstelle für Polizeiliche Prävention des LKA Sachsen sicherungstechnische Beratungen angeboten und durchgeführt.

Frage 3:

Welches Konzept verfolgt die Landesregierung, um Bauunternehmen in Sachsen zukünftig vor linksextrem motivierter Gewalt zu schützen?

Um Wirtschaftsunternehmen, staatliche Einrichtungen und Einzelpersonen insbesondere in der Stadt Leipzig wirksamer gegen linksextremistische Angriffe zu schützen, wurde im Mai 2018 ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Linksextremismus durch die Staatsregierung aufgelegt. Es umfasst Maßnahmen der Polizei, der Stadt Leipzig sowie des Verfassungsschutzes. Im Kern des Aktionsprogrammes stehen verstärkte Präventivstreifen durch Mobile Einsatz- und Fahndungsgruppen, die Aufhellung des relevanten Personenpotenzials und die konzentrierte Bearbeitung aller diesbezüglichen Delikte in einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe unter der Federführung des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus- Abwehrzentrums (PTAZ) des LKA Sachsen mit dem Dezernat „Polizeilicher Staatsschutz“ der Polizeidirektion (PD) Leipzig. Diese Maßnahmen werden mit hoher Intensität geführt. Im November 2019 ist die Gemeinsame Ermittlungsgruppe zu einer Sonderkommission Linksextremismus Leipzig (Soko LinX) ausgebaut und von zehn auf 20 Bedienstete aufgestockt worden. Mit der Soko LinX soll

der Verfolgungsdruck auf politisch links motivierte Straf- und Gewalttäter weiter verstärkt und der Schutz von Wirtschaftsunternehmen, staatlichen Einrichtungen und Einzelpersonen vor linksextremistischen Angriffen verbessert werden.

Neben der Einrichtung der Soko LinX erfolgte eine Auslobung für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung von vier politisch links motivierten Straftaten in einer Gesamthöhe von 160.000,00 Euro sowie die Durchführung von sicherheitstechnisch-
baulichen Beratungen zum Schutz von Bauunternehmen, ihren Filialen und Baumaßnahmen sowie -objekten durch das LKA Sachsen.

Frage 4:

Mit welchem Auftragsvolumen (in EUR) wurden seit dem 1. Januar 2014 seitens des Freistaates Sicherheitsfirmen zwecks Baustellenüberwachung beauftragt? Bitte schlüsseln Sie auf nach Jahren bis zum 31. Oktober 2019.

Das Auftragsvolumen für den fragegegenständlichen Zeitraum schlüsselt sich wie folgt auf:

Jahr	Auftragsvolumen für Baustellenbewachungen ¹
2014	1.105.000 Euro
2015	1.151.000 Euro
2016	806.000 Euro
2017	227.000 Euro
2018	880.000 Euro
bis 31.10.2019	632.000 Euro

¹ gerundet auf Tausend Euro

Für das Universitätsklinikum Dresden liegt eine jährliche Aufschlüsselung des Wertumfangs der betreffenden Verträge nicht vor. Pro Jahr werden ca. 50.000,00 bis 80.000,00 Euro für die Bewachung von Neubaumaßnahmen durch externe Sicherheitsdienste verausgabt. In dem Zeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Oktober 2019 ist ein Auftragsvolumen in Höhe von rund 390.000,00 Euro angefallen.

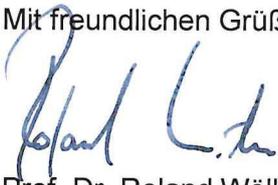
Frage 5:

Welche Vorkehrungen hat die Staatsregierung nach dem bereits im August dieses Jahres erfolgten Brandanschlag auf die Firma Henschke Bau GmbH getroffen, um die von selbiger durchgeführten Baumaßnahmen vor weiteren Angriffen zu schützen?

Die sächsische Polizei bewertet fortlaufend die Gefährdungslage von besonderen Objekten staatlicher, gesellschaftlicher und religiöser Institutionen sowie anderer exponierter Einrichtungen. Darunter fallen ebenfalls Bauunternehmen und deren Baustellen. Im Ergebnis dieser Analysen erfolgt die Festlegung von Schutzmaßnahmen im täglichen Dienst sowie zu besonderen Anlässen.

Nach dem fragegegenständlichen Brandanschlag auf der Baustelle der Justizvollzugsanstalt Zwickau wurde die Baustelle durch die PD Zwickau in die besonderen Schutzmaßnahmen eingebunden. Parallel ist die PD Görlitz mit dem Geschäftsführer der Firma Henschke Bau GmbH in persönlichen Kontakt getreten, hat diesem einen Ansprechpartner für Fragen mit polizeilichem Bezug benannt und eine Beratung durch die Polizeiliche Beratungsstelle der PD Görlitz angeboten.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Roland Wöller